

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. H. K. Schmidt, Dresden, M. I., Marien-
straße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Hauptmannschaft Dresden und des Stadtschreibers beim
Oberverwaltungsamt Dresden.

Druck u. Verlag: K. Lepsch & Reichardt, Dresden, M. I., Marien-
straße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Hauptmannschaft Dresden und des Stadtschreibers beim
Oberverwaltungsamt Dresden.

Abdruckverbot: Die Verbreitung dieses Blattes ist gesetzlich
verboten. Die Verbreitung dieses Blattes ist gesetzlich
verboten. Die Verbreitung dieses Blattes ist gesetzlich
verboten.

Die Heimwehr wird entworfen

Schuschnigg führt die Vaterländische Front

Das Dollfuß-Lied als zweite Nationalhymne

Wien, 15. Mai.

Am Freitagabend erfolgte in Wien die erwartete Übernahme der Führung der „Vaterländischen Front“ durch Bundeskanzler Dr. Schuschnigg. Bei der Uebergabefeier hielt der Bundeskanzler eine grundsätzliche Rede, in der er die Notwendigkeit seines Schrittes mit grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Fürst Starhemberg begründete. Gleichzeitig gab er die bevorstehende Entlohnung der Heimwehr bekannt. Er kündigte ferner ein „Gesetz der Vaterländischen Front“ und in ihrem Rahmen die Bildung einer freiwilligen Miliz an. In einer neuen Fahne sollen die Symbole der Vaterländischen Front und des Heimaltschutzes vereinigt werden. Das Dollfuß-Lied wird künftig neben der Bundeshymne als zweite Nationalhymne gelten.

Bei der Uebergabefeier hielt zunächst der bisherige Generalsekretär, Oberst Adam, eine kurze Ansprache. Er hat für sich und seine engeren Mitarbeiter, und zwar den zweiten Generalsekretär Naur und den Vorsitzenden des Präsidialbüros Seidl, um Entlohnung vom Amt, da, wie er äußerte, eine neue Führung auch eine neue Organisation erforderlich mache. Dann übernahm Bundeskanzler Dr. Schuschnigg die Führung der Vaterländischen Front. Er gedachte zunächst in kurzen Worten des Gründers der Vaterländischen Front, Dr. Dollfuß. Dann dankte er seinem Vorgänger Starhemberg und weiter den leitenden Funktionären, vor allem Oberst Adam, dessen Entlohnung vom Amt er ebenso wie die seiner Mitarbeiter bewilligte. Schuschnigg wandte sich dann an die Amtswalter und kündigte an, daß er auf ein neues Weltbild verzichte, erklärte aber:

„denjenigen, die aus Gewissenskonflikt heraus ihm nicht Gelobnis leisten zu können glauben, die Folgerung ziehen möchten.“

In seinen weiteren Darlegungen betonte der Bundeskanzler, daß die Vaterländische Front allen offen stehe, die sich zum neuen Staate bekennen, ohne Rücksicht auf Vergangenheit

und Herkunft und ohne Rücksicht auf Meinungsverschiedenheiten in nebenläufigen Fragen.

Schuschnigg gab dann wichtige programmatische Erklärungen ab, die die Einseitigkeit der Führung sichern sollen, die unter automatischer Zurückdrängung des Heimatschutzes vor sich gehen werde. Diesem werde sein bisher bedeutendes Vorrecht, das Tragen von Waffen, genommen werden. Die Doppelseitigkeit der bisherigen Staatsführung müsse unter allen Umständen beseitigt werden, da sie bei wichtigen Entscheidungen zu Berührungen geführt habe.

Grundsätzliche Wählerkandidaturen mit Starhemberg hätten eine rasche Entscheidung notwendig gemacht. — Sodann nahm Bundeskanzler Dr. Schuschnigg eine Reihe von Ernennungen vor, und zwar zum neuen Generalsekretär der Vaterländischen Front den Staatssekretär zur besonderen Verwendung Guido Bernatis, zum Stellvertreter des Führers der Vaterländischen Front Vizesekretär Baron von Parnitzki und zum Landesführer von Wien den Wiener Bürgermeister Schmitt. (Der Vorken des Landesführers von Wien war durch die Amtsenthebung des in den Pöbelstempel-Verwickelten Oberstleutnant Seiler freigeblieben.)

Fortsetzung Seite 2

Sowjetjugend von heute

Kürzlich wurde die Welt mit einem Buch aus Moskau überflutet: „Mütter- und Säuglingsbuch in der Sowjetunion“, das in vier fremden Sprachen verbreitet wurde, nämlich der französischen, spanischen, englischen und natürlich auch der deutschen. In technisch nicht ungeachtet aufgemachten Bildern wurde verlockend gezeigt, wie gut es angeblich Müttern und Kindern in Sowjetrußland geht; Angehörige europäischer und asiatischer Rassen wimmelten verträglich durcheinander, und nur bei kritischem Zusehen fiel auf, daß selbst auf diesen Propagandabildern die hier und da im Hintergrund sichtbaren Einrichtungen hinter den Anforderungen zurückblieben, die man im zivilisierten Europa zu stellen gewohnt ist. Eine noch deutlichere Sprache redeten die in dem Buche angeführten Zahlen. Man prüfete sich zum Beispiel damit, daß in den Entbindungshäusern jetzt fast 3000 Betten zur Verfügung ständen, also 3000 mehr, als zwei Jahre vorher. Angesichts der Tatsache, daß das Familienleben in Sowjetrußland weitgehend zerstört ist und in den Großstädten und den rasch emporgeschossenen Industriefiedlungen zum Teil grauenhafte Wohnverhältnisse herrschen, die Frauen also Entbindungshäuser aufsuchen müssen, bedeutet diese Bettenzahl nicht mehr, als ob man einen Eimer Wasser in die Elbe gießt. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in der Sowjetunion viele primitive Völker leben, handelt es sich doch immerhin um eine Bevölkerung von 100 Millionen Einwohner, bei der auf das Tausend, dank dem flachen Lande, noch immer eine sehr hohe Geburtenzahl, nämlich 22, kommt. Die hohe Säuglingssterblichkeit spricht Bände. Noch ausschlauer aber ist es, daß die Sowjetunion sich heute genötigt sieht, die Grundsätze ihrer bisherigen Bevölkerungspolitik völlig umzukehren. Zur Zeit Lenins, besonders in den ersten Jahren des kriegerischen Kommunismus, wurde die Familie für eine von der Kirche erfundene bürgerliche Einrichtung gehalten und mit Hilfe des Gesetzes zerstört. Eheschließungen und Ehescheidungen wurden formlose Handlungen ohne Bedeutung. Die freie Liebe wurde gepredigt, noch heute sind Ehe und Konkubinat vor dem Gesetz gleichberechtigt, in allen Spitälern sind Abtreibungen zulässig. Doch die Vergeltung gefunden biologischen Denkens fand ihre Grenze nicht an den Mauern der Städte. Durch Rundfunk, Kino, Zeitungen und die zahlreichen kommunistischen Vereinigungen fand sie allmählich immer stärkeren Eingang auch auf dem Lande, der für unversiehbare gehaltenen Kraftquelle des russischen Volkes. Hier ist das Bedürfnis nach Arbeitskräfte besonders fühlbar. Die ländlichen Gegenden liefern der Roten Armee bisher auch die zahlreichen und besten Rekruten. Militärische und wirtschaftliche Gründe dürften es gemessen sein, die die Moskauer Herren ruhig werden lassen. Dieselben Sowjetgewaltshaber, denen ein Menschenleben nichts galt, die einen bolschewistisch-jüdischen Raubbau an der Volkskraft trieben, der jedem menschlichen Empfinden Lohn sprach, verkünden heute als neueste Sowjeterrungenschaft, daß sie beschließen haben, einen energischen Bevölkerungspolitischen Feldzug zu unternehmen. Eine neue Gesetzgebung soll die Scheidung erschweren, Abtreibungen verbieten, kinderreiche Familien fördern und unterstützen. Volkstümlich ruft die sowjetrussische Propaganda hinaus ins Land: „Wir müssen den Stand von 22 Geburten auf tausend Einwohner aufrecht erhalten; im Jahre 1970 werden wir 300 Millionen zählen und das stärkste und gefährlichste Volk der Welt sein!“

Man geht noch einen Schritt weiter. Bisher war es das Ideal der kommunistischen Erziehung, die Kinder außerhalb der Familien in „kollektiverziehung“ zu brauchbaren kommunistischen Massenmenschen heranzubilden, und jährlich wurden drei Millionen Kinder und mehr den Müttern fortgenommen und in staatlichen „kollektiverziehung“ untergebracht. Das muß sich doch wohl nicht so bewährt haben, wie man erhoffte, denn wenn sich der Volkswidrigkeit bisher auch noch nicht dazu entschließen konnte, die Eiche unter staatlichen Schutz zu stellen, so droht er doch bereits den Eltern mit empfindlichen Strafen, die glauben, sich ihrer Erziehungspflicht entziehen zu können. Das hat freilich noch einen besonderen Grund. Der Oberste Procurator des Sowjetstaates, Wschlowski, hat jüngst ausführliche Mitteilungen über die Kriminalität der Jugendlichen gemacht. Gefamziffern veröffentlichen er zwar nicht, weil sie dem Ansehen des Staates allzu sehr schaden würden. Auch hat er offenbar aus der Fülle des vorliegenden Materials die Monate herausgesucht, die noch die harmlosesten Ziffern enthielten, denn die Kriminalität der Jugendlichen ist starken jahreszeitlichen Schwankungen ausgesetzt. Im Winter vertrieben sich nämlich die „Bespriforner“, die verwerflichsten Kinder, und lassen sich auch ganz gerne in den Bespriforner-Anstalten einperren, die der Staat errichtet hat. Dort erholen sich die Dardan von den Strapazen des sommerlichen Vagabundenlebens, um im Frühjahr wieder auf Reisen zu geben. So waltet Milde in Wschlowskis Zahlen. Es ist demnach sicher nicht übertrieben, wenn man unter ihrer Zu-

Die polnische Regierung zurückgetreten

Stadkowski bildet das neue Kabinett

Warschau, 15. Mai.

Die Regierung Roscialkowski hat dem polnischen Staatspräsidenten ihren Rücktritt erklärt. Staatspräsident Moscicki hat den Rücktritt angenommen und den General Stadkowski mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Der mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte General Stadkowski hat in den Regierungen des Marschalls Pilsudski in sechs Kabinetten in der Zeit von 1926 bis 1933 das Amt des Innenministers geführt. Er gilt als ein Mann der starken Hand und energischen Entschlossenheit. Die innerpolitischen Spannungen, zu deren Überwindung das neue Kabinett berufen sein wird, sind einerseits in der Entwicklung der Wirtschaftslage begründet, die letzten zu den Teufelsbeschränkungen und entsprechenden Maßnahmen auf dem Gebiet des Handels geführt haben. Andererseits haben die von kommunistischen Gegnern veranlaßten Arbeitslosenunruhen, die unter anderem in Krakau und Wemberg zu blutigen Zusammenstößen geführt haben, die Frage energischer Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in den Vordergrund gedrückt.

Voraussetzungen für die neue polnische Regierung wie folgt zusammengefaßt sein:

Ministerpräsident und Inneres: General Stadkowski (bisher 2. Staatssekretär im Kriegsministerium).

Neuhered: Oberst Wed.

Finanzen: Kwiatkowski.

Soziale Fürsorge und Arbeit: Roscialkowski (bisheriger Ministerpräsident).

Handel und Industrie: Roman (bisher 2. Unterstaatssekretär im Ministerium für Neuhered).

Justiz: Staatsanwalt Grabowski.

Die übrigen Ministerposten bleiben voraussichtlich unverändert. In maßgebenden politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß mit General Stadkowski einer der nächsten Mitarbeiter des Marschalls Pilsudski an die Spitze der Regierung tritt. Der Regierungswechsel selbst entspricht der Geslossenheit, nach Abschluß der Aussöhnung des Parlaments die Regierung unter Berücksichtigung der jeweils für die nächste Periode vorordentlichsten Fragen umzubilden.

In Regierungskreisen wird besonders betont, daß entgegen allen Gerüchten der letzten Wochen, die von dem inneren Zerfall des ehemaligen Pilsudskianers zu sprechen wußten, die neue Kabinettsbildung einen Beweis für die Beharrlichkeit der Regierung und die Konsolidierung der hinter ihr stehenden Gruppen bedeutet.

Guatemala tritt aus dem Völkerbund aus

Das Vertrauen auf Genf erschüttert - Andere südamerikanische Staaten werden folgen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Genf, 15. Mai.

Aus Genf kommt die Meldung, daß der südamerikanische Staat Guatemala dem Völkerbundsekretariat seinen Entschluß, aus dem Völkerbund auszutreten, mitgeteilt hat. Eine nähere Begründung dieses Entschlusses ist dem Völkerbundsekretariat in Aussicht gestellt worden. Dieser Schritt vermag nicht mehr zu überraschen, denn schon seit längerer Zeit ist es bekannt, daß unter den südamerikanischen Staaten eine starke Reizung dafür besteht, Genf zu verlassen.

Der Grund dafür ist nicht nur das völlige Zerfallen des Völkerbundes in allen politischen Fragen, mit denen er befaßt wurde, sondern auch die Tatsache, daß das bolschewistische Rußland in Genf eine aus schlagende Rolle zu spielen vermag. Das hat in Südamerika um so unangenehmer übersehen, als man ja dort Gelegenheiten genug hatte, vom Treiben des Kom-

munisten sich durch eigene Anschauung das richtige Bild zu machen. Nach allem, was über die Haltung der anderen südamerikanischen Staaten zu dem Genfer Bund bekannt geworden ist, wird man damit rechnen können, daß Guatemala nicht allein bleibt.

Ausnahmestand in Spanien

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Mai.

Die spanische Regierung hat für die Dauer eines Monats über das ganze Land den Ausnahmezustand verhängt. Der Ministerpräsident hat diese Maßnahme im Parlament mit der Notwendigkeit begründet, die radikalen Elemente im Saum zu halten, die die Ruhe und Ordnung in Spanien gefährden.